

SPD demokratischer pressediens

P/KXVII/97
24. Mai 1972

Die Stunde des Wählers

CDU/CSU-Öpposition fehlt der Verantwortungs-
Mut

Von Annemarie Renger MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Diese Union ist keine Union

Zur inneren Situation in der CDU/CSU

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Gesundheitsdienst im Wandel

Der Sozialärztliche Dienst muß attraktiver
werden

Von Dr. Hans Bardens MdB
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressediens

Heinemann: Die Ostverträge mit Leben erfüllen

Seite 7 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 8477
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Die Stunde des Wählers

CDU/CSU-Opposition fehlt der Verantwortungs-Mut

Von Annemarie Renger MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Der CDU/CSU fehlt der Mut, sich zu der Verantwortung zu bekennen, die ihr als parlamentarische Opposition zufällt. Das ergibt sich aus den Erklärungen, die Politiker der Unionsparteien während der letzten Tage abgegeben haben. Die schwere Krise, in die sich die CDU/CSU durch ihre widerspruchswolle Haltung zu den Ostverträgen gestürzt hat, soll offensichtlich in eine Krise der Regierung und des Parlaments umgedichtet werden.

Eine eng parteipolitische Taktik tritt dabei im Gewande staatspolitischer Verantwortung auf. Um sich einer klaren Beantwortung der von der Regierung gestellten Fragen zu entziehen, flüchten die Unionsparteien ins Krisengerede. Tatsache ist, daß die Verantwortung der parlamentarischen Parteien für das Funktionieren der Staatsorgane unteilbar ist. Die Opposition kann, wenn sie glaubwürdig bleiben will, ihren Anteil an dieser gemeinsamen Verantwortung nicht verleugnen.

Die Fraktion der CDU/CSU hat den - mißglückten - Versuch einer geschlossenen Abstimmung bei den Ratifizierungsgesetzen zu den Ostverträgen damit motiviert, daß die Opposition intakt bleiben müsse. Sie hat jetzt zu beweisen, ob sie funktionsfähig ist.

Die polemische Behauptung Dr. Barzels, die Bundesregierung wolle mit ihrem Vorschlag für eine begrenzte Zusammenarbeit in wichtigen innenpolitischen Fragen "eine Minderheitenregierung bei weitgehender Abschaffung der Opposition", vernebelt die Tatsachen. Niemand verlangt von der CDU/CSU, daß sie ihre Kontrollfunktion über die Exekutive verleugnet oder aufgibt. Wenn sie aber dieser Verantwortung nachkommen will, kann sie die Verein-

barungen nicht umgehen, die angesichts der parlamentarischen Lage getroffen werden müssen.

Nicht die Regierung befindet sich in einer Krise, sondern die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems ist gefährdet. Es gibt im Bundestag keine Mehrheitsalternative zur Regierungskoalition. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Eine konstruktive Opposition muß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sichern helfen. Nur eine destruktive Opposition könnte versucht sein, an diesem Feuer ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen.

Gemeinsame Verantwortung heißt nicht gemeinsame Politik. Praktische Zusammenarbeit soll, wie der Bundeskanzler bereits nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum erklärt hat, weder die politischen Gegensätze verwischen noch die Rollen aufheben, die jeder Saite des Bundestags zukommen.

Die Opposition redet vom inneren Frieden und von Stabilität, sucht aber die schwierige Lage im Parlament zu einer Staatskrise umzufälschen. Der Hochmut, den sie ohne jeden Grund der Regierung vorwirft, bestimmt ihre eigene Haltung. Die Erklärung eines Oppositionspolitikers der Fraktionsführung, Gemeinsamkeit setze voraus, daß die Bundesregierung ihre Haltung um 180 Grad drehe, läßt die Absicht einer Panikmache erkennen.

Die öffentliche Meinung hat sich ihr Urteil bereits gebildet. Der Wähler sollte bald die Möglichkeit haben, sein Votum abzugeben.

(-/ex/24.5.1972/ks)

Diese Union ist keine Union

Zur inneren Situation in der CDU/CSU

Die jetzt bestätigte Tatsache, dass der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel nicht am Wochenend-Parteitag der CSU teilnehmen wird, hat Symbolwert. Barzel hat zu Pfingsten Bonn verlassen, um in südlichen und wärmeren Gefilden einen Zehn-Tage-Urlaub zu machen, und lässt sich in München durch seinen Parteivorsitz-Ventretter Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, vertreten. Der politisch psychologische Effekt dieses erstaunlichen Fehlverhaltens ist berechenbar; Bewertungskonsequenzen müssen sich nicht nur in der düpierten CSU, sondern auch in den eigenen Reihen zeigen, die möglicherweise noch an der Basis mangels ausreichender Information als Union wirken mögen, in der mittleren und oberen Führung aber in aller Schärfe das Auf und Ab und das Hin und Her reflektieren, das Barzel in Person, Erscheinung und Leistung darbietet.

Das zweifellos gekonnte Geschrei, durch das die CDU nicht nur diese Negativ-Ausstrahlungen ihres "Kanzlerkandidaten" abdecken will, sondern mit dem sie auch der Bundesregierung und der Koalition die Schau zu stellen versucht, kann jedoch nicht verhindern, dass immer erkennbarer wird, in welchem desolaten Zustand sich diese Union befindet. Die Fakten, die jetzt auch in der Opposition nahestehenden Presseorganen über das Unions-Drama in der Zeit der Ostvertrags-Ratifizierung in allen wünschenswerten Einzelheiten bekannt werden, sind unwiderlegbarer Beweis genug für das bis an die Zerreißprobe gediehene Gegen-einander in der CDU und zur CSU. Sie zeigen in ihrer Kulmination um die Person Rainer Barzels, dass der Führungskampf in voller Härte ausgebrochen ist. Die Schwäche des Kanzlerkandidaten "auf Abruf", der auch in der eigenen Partei immer umstrittener wird, muss diesen rauhbeinigen Klärungsprozeß stärker vorantreiben und damit auch der breiten Öffentlichkeit deutlicher werden lassen.

als das den meisten Akteuren recht sein kann.

Dr. Rainer Barzel darf sich nicht wundern, dass sein mit Ruhebedürfnis nach der Ratifizierungs-Schlacht kaum entschuldigbares Fernbleiben vom Münchner Parteitag der "Schwesterpartei" CSU dort und überall in für ihn abträglicher Weise charakterisiert und bewertet wird. Dr. Barzel weiss, dass er seit dem Oppositions-Trauerspiel um die Haltung zu den Ratifizierungsgesetzen noch weniger Freunde auch in der eigenen Partei als vorher hat. Der Totalumfall, mit dem er und die CDU-Parlamentarier auf die Strauss-Pression - "Keine Ja-Stimme bei der CDU oder wir enthalten uns nicht der Stimme !" - reagiert haben, hat urbi und orbi endgültig gezeigt, wer der Herr im Unions-Hause ist. Dass Dr. Barzel sich unter diesen Umständen in München vertreten lässt, ist Hinweis genug nicht nur auf seine immer neue Ruhebedürftigkeit, sondern auch auf seine schwachen Nerven.

Vor diesem hell erleuchteten Hintergrund wird es verständlich, dass sich die Opposition einfach aus Selbsterhaltungsnöten bemühen muss, in ihren sich steigernden Angriffen gegen die Bundesregierung und gegen die Koalition an "Union" zu retten, was zu retten ist. Diesen Vorrang der Parteipolitik wird auch die deutsche Öffentlichkeit einzukalkulieren haben, wenn sie sich mit dem Auftreten der CDU/CSU und ihren Äusserungen beschäftigt. Gelingt der Opposition dieser Coup nicht, dann werden die auseinanderstrebenden Tendenzen im Verbund dieser beiden christlichen Parteien und auch in der CDU selbst immer entschiedener werden. Die CSU scheint noch gesicherter zu sein, aber auch hier sollte nicht übersehen werden, dass das diktatorische Auftreten von Franz-Josef Strauss seinen innerparteilichen Gegnern immer neue Trümpfe zuspielet. (ee/ee/24.5.1972/raä)

+ + +

Gesundheitsdienst im Wandel

Der Sozialärztliche Dienst muß attraktiver werden

Von Dr. Hans Bardens MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker

In unserem Gesundheitswesen nehmen die Ärzte im Bereich der Sozialmedizin eine besonders wichtige Aufgabe wahr. In diesem Bereich der sozialmedizinischen Betreuung der Bevölkerung hat es in der letzten Zeit erhebliche Probleme und Meinungsverschiedenheiten gegeben. Diese bedürfen einer Lösung. Die Aufgabenstellung der Ärzte, die als Gutachter für die Sozialversicherung tätig sind hat sich durch die neue sozialpolitische Gesetzgebung unverkennbar gewandelt. Einer solchen Wendung müssen in Zukunft Ausbildung, Weiterbildung aber auch Besoldung und Stellung der Ärzte in diesem Bereich angepaßt werden, wenn die Sozialmedizin funktionsfähig erhalten werden soll.

Bisher war die wichtigste Aufgabe der angestellten und beamteten Ärzte im Bereich der Sozialmedizin gutachterliche Tätigkeit innerhalb der Sozialversicherung. Dabei war diese Aufgabe infolge der unkoordinierten Gesetzgebung nur sehr unzulänglich zu erfüllen. Es war möglich, daß der Versicherte im Grenzfall wegen der unterschiedlichen Beurteilungskriterien von keiner der zuständigen Instanzen angesprochen und erfaßt werden konnte. Er war möglicherweise nicht mehr arbeitsfähig, auch nicht berufsfähig, aber auch nicht vermittlungsfähig nach den Vorschriften, die für die Arbeitsverwaltung gültig sind.

Durch die Lohnfortzahlung haben sich für die Ärzte im sozialmedizinischen Dienst neue Aufgaben ergeben. Sie haben nicht mehr in erster Linie den Versicherten zu kontrollieren, sondern sie haben endlich die Möglichkeit erhalten, den Patienten und seinen

Arzt zu beraten und ihnen weiterzuhelfen.

Um sich dieser Entwicklung anzupassen ist in Zukunft notwendig, daß

1/ ein einheitlicher und unabhängiger Sozialärztlicher Dienst eingerichtet wird, der nach einheitlichen Grundsätzen begutachtet;

2/ dieser Gutachterdienst die Aufgabe hat, die Eignung für bestimmte Berufstätigkeiten festzustellen, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit zu beurteilen sowie die Minderung der Erwerbsfähigkeit in Unfall-, Renten- und Knappschaftsversicherung zu begutachten;

3/ zu den weiteren Aufgaben des Sozialärztlichen Dienstes gehören muß, Patienten, Ärzte und Sozialleistungsträger in allen medizinischen Fragen zu beraten sowie zur Einleitung von Rehabilitationsmaßnahmen beizutragen.

Um dies möglich zu machen, ist es notwendig, die finanzielle Situation und die Laufbahnvorschriften für Ärzte im öffentlichen Dienst so zu ändern, daß ausreichender Nachwuchs für diese wichtige Aufgabe sichergestellt werden kann. Die Ausbildung der Ärzte soll und muß diese neue Aufgabe berücksichtigen. An den Hochschulen muß Forschung und Lehre im Fach "Sozialmedizin" intensiviert werden. Eine Nachwuchsförderung sollte durch eine Bindung des Medizinstudenten schon während seiner Ausbildung an seinen zukünftigen Dienstherrn in Angriff genommen werden. Die Bundesregierung verweist hier mit Recht auf die guten Erfahrungen im Bereich der Sanitätsoffizierslaufbahn.

Wir sind sicher, daß mit all diesen Vorschlägen zunächst nur geringe Verbesserungen erreicht werden. Es bleibt Aufgabe des Gesetzgebers, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein allgemeiner Sozialärztlicher Dienst in Zukunft attraktiv und funktionsfähig gemacht wird.

(-/ex/24.5.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Heinemann: Die Ostverträge mit Leben erfüllen

Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann hat am Abend des 23. Mai 1972 über die deutschen Rundfunk- und Fernsehsender folgende Ansprache gehalten:

"Liebe Mitbürger!

Heute habe ich die Gesetze unterschrieben, mit denen der Deutsche Bundestag den Verträgen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik Polen zugestimmt hat. Der Bundesrat erhob keinen Einspruch. Ich hatte zu prüfen, ob die Gesetze mit dem Grundgesetz übereinstimmen. Das habe ich getan und bejahe die Übereinstimmung. Die Gesetze werden morgen im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und daraufhin in Kraft treten.

Um dieses Vertragswerk ist in allen Teilen unseres Volkes gerungen worden. Wir alle haben gespürt, daß es hier um die Bewältigung eines der schwierigsten nationalen und internationalen Probleme der Nachkriegszeit ging.

Die Auseinandersetzungen waren hart. Einzelne Teilvorgänge sollten uns alle nachdenklich machen. Der Streit der Vergangenheit darf aber nicht zu Lasten unserer gemeinsamen Zukunft fortgesetzt werden. Deshalb sollten wir jetzt die getroffenen Entscheidungen allerseits gelten lassen.

Die Verträge sollen nach einer Zeit, die für Generationen unserer Völker ein unendliches Maß von Leid und gegenseitigen Unrecht gebracht hat, dazu beitragen, daß Kinder und Enkel hier wie dort fortan in einem befriedeten Europa miteinander leben können.

Mit einem besonderen Wort wende ich mich an die Mitbürger unter uns, die nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur ihre Heimat verlassen mußten. Das Leben ist über die von vielen von ihnen gehegte Hoffnung, in ihre alte Heimat zurückkehren zu können, hinweggegangen. Wir sind allen zu Dank verpflichtet, die zur Versöhnung beitragen, obwohl sie unter dem Verlust ihrer Heimat leiden. Unerlässlich ist es, daß wir die heutigen Grenzen in Europa achten. Das ist die Grundlage, von der aus wir das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Anspruch nehmen.

Jetzt gilt es, die Verträge von beiden Seiten mit Leben zu erfüllen. Wenn die Völker sich die Verträge nicht innerlich zu eigen machen, werden sie tote Buchstaben bleiben. Das Gegeneinander vergangener Jahre muß jetzt zu einem Miteinander in der Zukunft werden."

(-/ex/24.5.1972/ks)